



Kantonsratssitzung 29. März 2021
Traktandum 9 **Motion der Kommission Bau und Volkswirtschaft: Standesinitiative für Solar- und Kleinwindanlagen ausserhalb der Bauzone**
Eintretensvotum **SP-Fraktion**
Fraktionssprecherin Christa Gerber, Herisau

Geschätzte Frau Kantonsratspräsidentin
Sehr geehrter Herr Landammann
Geschätzte Damen und Herren von Regierungs- und Kantonsrat

Die Kommission verlangt in der Motion vom 15. Dezember 2020, die Regierung sei zu beauftragen, eine Standesinitiative vorzubereiten, womit das Bundesrecht geändert wird, damit der Bau von Kleinwind- und Solaranlagen ausserhalb der Bauzonen möglich wird.

Für die SP-Fraktion ist unbestritten, dass mehr gemacht werden muss, um die Energiewende voranzutreiben. Dafür sind mehr Mittel bereitzustellen und es sind neue Wege zu begehen. Die SP-Fraktion erachtet aber weder die Standesinitiative noch das Mittel der Motion als geeignete politische Instrumente um den Bau von Kleinwind- und Solaranlagen ausserhalb der Bauzonen zu ermöglichen.

Aus Sicht der SP-Fraktion ist zudem der Landschaftsschutz wichtig und entsprechend zu berücksichtigen. Weiter gibt es auch innerhalb der Bauzonen noch Potenzial für Wind-, und Solaranlagen. Zuerst sollen diese Möglichkeiten genutzt und allenfalls forciert werden. Verschiedene Beispiele, alle ausserhalb des Kantons, zeigen zudem auf, dass solche Anlagen auch bereits jetzt ausserhalb der Bauzonen aber durchaus innerhalb der planungsrechtlichen Schranken an bestehenden Bauten wie Staudämme, Parkplätze, Strassen usw. realisiert werden können.

Die SP-Fraktion bittet die Kommission Bau und Volkswirtschaft, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Weiter bittet die SP-Fraktion die Kommission auf die Standesinitiative zu verzichten. Stattdessen sollte die Regierung eingeladen werden, innerhalb nützlicher Frist ein Inventar erstellen zu lassen. Dabei wäre zu prüfen welche Orte und Infrastrukturanlagen im Kanton, innerhalb und ausserhalb der Bauzone, für eine punktuelle Erweiterung des Kleinwind- und Solaranlagenbestands geeignet sind. Zudem wäre von der Regierung aufzuzeigen, welches zusätzliche Energiepotenzial damit schätzungsweise zu erreichen wäre. Es wäre zu klären welche bau- und planungsrechtlichen Hürden dabei überwunden werden müssten. Weiter müsste geklärt werden mit welchen Investitionen, Auswirkungen und Emissionen zu rechnen wäre.

Die SP-Fraktion würde ein Postulat mit einem solchen Inhalt unterstützen. Hingegen lehnt sie die nun vorliegende Motion mehrheitlich ab.